

Konkassische Post

1920. 15. Okt. 1920

erschint 2 mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonntag.

Preis: (mit Porto f. Auswärtige) 120 Hbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3mal gepaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 20 Hbl., auf der 4. Seite 15 Hbl. Traueranzeige 800 Hbl.

Geschäftsstelle: zeitweilig geschloffen
11. Mitteilung „Von der Redaktion“ in Nr. 69.

Nr. 79

Tiflis, Sonntag, den 14. November 1920.

12. Jahrgang.

Zur innenpolitischen Lage Georgiens.

II.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung (s. d. d. m.) Partei wird von der sozialistischen Presse, fast ohne Ausnahme, im ganzen gutgeheißen. Etwa's und "Politika" haben allerdings auch "nichts Neues" in ihm, alles ist schon früher gesagt und besprochen worden: auf Versammlungen, in den Zeitungen, bei privaten Gelegenheiten usw. Gut sei aber, daß man nun einen richtigen "Plan" vor sich sieht, der, wenn er nicht auf dem Papier bleiben sollte, was zu befürchten ist, sondern zur Durchführung gelangte, die wirtschaftliche Krise, die geradezu wie ein schwerer Alp auf der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere in der Stadt, lastet, zu behebigen vermöge. In erster Linie werde es notwendig darauf ankommen, die Produktion im Lande zu heben. Hierzu sei ausländisches Kapital erforderlich. Wie dieses heranzubringen sei würde? Nun, es seien der Regierung verschiedene Wege gewiesen worden: angefangen von einer internationalen Anleihe bis hin zu den strikten Konzeptionen. Es würde freilich ausländisches Kapital nicht so ohne weiteres zu haben sein, der Erfolg oder Mißerfolg zu dieser Hinsicht hinge von den vorliegenden Bedingungen ab, die in den genannten Platten aber nicht näher bezeichnet werden. Der Konsum müsse zur Produktion in einem richtigen Verhältnis stehen und deshalb auf ein Minimum beschränkt werden, das letztere entspreche. Die Einführung der Steuerkürzung, der Rind- und ähnlicher Erzeugnisse und Anhalten, wo ein übermäßiger Verbrauch von Lebensmitteln zu besorgen sei, wäre eine heilsame Maßregel. Den Arbeitern müsse die Brotaktion eingeht werden, um ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Zwangsarbeit und das Anhalten der Steuerkürzung müßten von der Bevölkerung nicht als ein für sie treffender Schlag empfunden werden, sondern als ein Mittel zur Gründung der Finanzen, welche allein die Entwertung der Arbeit bis zur absoluten Verlosigkeit zu verhindern vermöchte. Die unaufrichtige Einstellung von "Vatergeld" könne niemand die Erlösung von dem herrschenden Nabel, der Leinwand, bringen, das sei klar, und wenn man diesbezüglich Wandel schaffen wolle, so müßte jedermann dem seine Zustimmung erteilen. Selbstverständlich gehöre zu all den geplanten Vorlesungen und Verbesserungen eine gewissenhafte Erfüllung der Pflichten seitens der zuständigen Institutionen. Ihre Überwachung durch eine besondere Kommission, bestehend aus Vertretern der Arbeiterschaft und der kommunalen Organisationen, sei eine nicht selbst genügend zu begründende Maßnahme, wie sie das Programm vorsehe. Und die Schaffung eines obersten Wirtschaftsrates, wie sie das Programm gleichfalls vorsehe, sei eine Notwendigkeit, die von niemand bestritten werden könne; durch ihn werde eben die Tätigkeit der einzelnen Wirtschaftskörper systematisiert und miteinander in Einklang gebracht werden.

Politische Nachrichten.

In der überord. Sitzung der georgischen Grundgesetzgebenden Versammlung am 5. d. Mt., auf welcher die äußere Lage Georgiens im Zusammenhang mit den Vorkäufen der armenisch-türkischen Front verhandelt wurde, ist nach fünfstündiger Debatte folgende Resolution gefaßt worden: Nach Anhören

der Erklärung der Regierung über die im benachbarten Armenien entstehende Lage, drückte die Grundgesetzgebende Versammlung dem für seine Unabhängigkeit kämpfenden armenischen Volke sein tiefstes Mitgefühl aus und hob die Hoffnung aus der ihm drohenden nationalen Gefahr als Sieger hervor. In Anbetracht dessen, daß auch Georgien gegen eine solche Gefahr nicht garantiert ist, spricht die Grundgesetzgebende Versammlung ihre feste Zuversicht dahingehend aus, daß das georgische Volk heute wie stets sich erheben werde in vollster Einmütigkeit zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit und seiner Freiheit. Die Grundgesetzgebende Versammlung glaubt, daß nach dem Schwinden der Gefahr sich ihr die Möglichkeit bieten werde, die ordnungsgemäße Arbeit zur Regelung des inneren Lebens, sowohl im Zentrum, als auch im vorkommenden Georgien, fortzusetzen, wo entsprechend den örtlichen Bedingungen eine demokratische Verwaltung nach den Grundsätzen der Autonomie eingeführt werden wird. Zudem die Grundgesetzgebende Versammlung die Maßnahmen, welche die Regierung zur Verteidigung des Landes ergriffen hat, billigt, empfiehlt sie, diese zugleich, die besonnenen Arbeit fortzusetzen, in der Überzeugung, daß zur Verteidigung der Freiheit des ganz Georgien bedürftig werden, ohne Unterbrechung des inneren Lebens und der sozialen Lage, und daß es von der Demokratie ganz Europas unterstützt werden wird. Die Grundgesetzgebende Versammlung beglückwünscht die Regierung, sich mit einem dankbaren Anruf befreit der vorliegenden Gefahr an das Volk zu wenden.

In derselben Sitzung hat nach Verlesung voriger Resolution der Minister des Inneren N. B. Kamischwili Mitteilung über die Anerkennung der Republik seitens Deutschlands, de jure gemacht. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall angenommen. Der Vorsitzende A. Lomtadze hielt darauf die Begrüßung in der vorigen Kammer erwähnte Begrüßung an, die Adresse Deutschlands: "Bürger! Die Erklärung, welche wir gestern angenommen haben, hat die Vertreter der Mitglieder der Grundgesetzgebenden Versammlung und der Bürger ganz Georgiens mit der allergrößten Freude erfüllt. Gestatten Sie mir, in Ihrem Namen von hier auszufendenden Vertreter der georgischen Regierung Herrn v. Druffel und dem gleichfalls ausreisenden großen Führer der deutschen und der gesamten internationalen Demokratie R. Kautsky aufrichtigen Dank zu sagen und sie auszuwählen zu begrüßen. Die Versammlung bereitet beiden Herren lebhafteste Vorstellungen." Von der russ. armenischen Front wird gemeldet, daß nachst Alexanderopol in die Hände der Türken gefallen ist. Die während des Waffenstillstands gepflogenen Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Der Krieg soll fortwähren. Was Erivan kann man mit der Eisenbahn eben nicht mehr gelangen, da auch der Bahnhof von Alexandropol von den Türken eingenommen ist. Es ist dorthin also nur der Landweg über Delikhan frei.

Reichsminister Dr. Wirtz über die Finanzlage Deutschlands.

In einer Sitzung des Reichskabinetts, welche Ende September stattgefunden hat, führte Reichsfinanzminister Dr. Wirtz aus: Im Jahre 1919 stellte die Reichsfinanzverwaltung einen Haushalt auf, der den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben nach ein Soll in Höhe von

15,8 Milliarden hatte, ferner außerordentliche Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 47,2 Milliarden, somit gesamte Einnahmen und Ausgaben mit 63 Milliarden. Der Haushaltsplan für 1920 sieht, wie er jetzt dem Reichstag zugeht, Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 398 Milliarden vor. Der außerordentliche Etat sieht Ausgaben in Höhe von 39,7 Milliarden Mark und Einnahmen von 2 Milliarden vor, hat also einen Plusbetrag von 37 Milliarden. In diesen Zahlen sind die reichsweiten Betriebe, Eisenbahn und Post, nicht mit enthalten, für sie wird vielmehr ein besonderer Haushalt aufgestellt, bei dem jetzt für die Reichseisenbahnverwaltung ein Plusbetrag von über 16 Milliarden, bei der Post ein Plusbetrag von über 2 Milliarden feststeht.

Wenn es nun auch gelungen ist, den ordentlichen Haushalt bei höchster Anspannung aller Einnahmemaßnahmen auf den Papier zu halten, so verbleibt immerhin aus den nicht gedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts und der Post und Eisenbahnen ein Gesamtsollbetrag von 37,7 + 18 Milliarden = 55,7 Milliarden Mark. Bei den Ausgaben sind im außerordentlichen Haushalt allein Anwesenheiten aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages und seiner Vorarbeiten für das Rechnungsjahr 1920 mit 25 Milliarden vorgesehen. Dazu kommen noch die finanziellen Anforderungen an das Reich für Entschädigungen an Reichsangehörige aus Anlaß des Friedensvertrages, welche geltend werden auf 17 Milliarden für die Abtretung der deutschen Handelsflotte, auf 90 Milliarden für die Liquidation des deutschen Eigentums im Ausland, auf 10 Milliarden für die Abtretung von Kriegesgefangenen, auf 13 Milliarden nach dem Kriegesabrechnungsjahr von 3. 1. 1916, sowie nach den in Vorbereitung befindlichen Kriegesabrechnungen für Schäden im Ausland in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten usw. Die Gesamtanforderung für Entschädigungen an Reichsangehörige infolge des Krieges beläuft sich demnach auf 181 Milliarden, wozu das in den letzten Wochen erzielte Sünden des Marktwertes noch nicht beizubringen ist.

Nicht enthalten sind in diesen Zahlen die Summen, die das Reich für Lieferungen und Leistungen zu vergüten hat, die als Wiedergutmachung im Sinne des Friedensvertrages an die einzelnen Ententeallianzen bewirkt wurden und weiter bewirkt werden, und deren Gesamthöhe sich überhaupt noch nicht ablesen läßt.

Die 31 Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 sowie für das erste Drittel 1920 und der voraussichtliche Bedarf für die Rest von 1. August 1920 bis einschließlich 21. März 1921 wird auf mindestens rund 64 Milliarden sich belaufen, wobei hervorzuheben muß, daß es sich zu dem größten Teil noch keineswegs um endgültige Zahlungen, sondern nur um Vorbehalte auf Entschädigungen handelt, deren Freisetzung oft kaum noch begonnen hat.

Eine Silberverdrängung noch besondere Beachtung, deren für den genannten Zeitraum allein für die Besatzungsbere, den Viehergutzugemachungsbeitrag und andere alliierte Kommissionen 14,5 Milliarden erforderlich sein werden. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die schwebende Schuld des Reichs gewaltig in die Höhe geht und daß ihr Anwachsen und die damit verbundene Papierflut laienhaft bemerkt werden muß. Die schwebende Schuld des Reichs ist im Jahre 1920 und zwar bis zum 18. September des Mt. 47,5 Milliarden gewachsen. Die diskontierten Schatzanweisungen und Staatswechsel, welche sich am 18. September auf 182,8 Milliarden Mark, wozu sich

weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schahenweisungen und Schahwechseln sowie Sicherheitsleistungen in Höhe von 19,4 Milliarden gesehen. Die Gesamtschuld mit Einrechnung der hundertsten Schulds im Betrage von 91 Milliarden beträgt demnach 242,7 Milliarden. Dazu treten die den Ländern noch reichlich abzumehmenden schwelbenden Schulden und Zinsverpflichtungen an die Länder aus Anlaß der Übernahme der Eisenbahnen im Gesamtkapitalbetrag von 25 Milliarden und die von den Ländern veranschlagten Beiträge für Familienunterstützungen, Kriegswohlfahrtsbezüge, usw. in Höhe von 16 Milliarden.

Die georgische Presse über die Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens seitens Deutschlands.

Die Zeitung „Ertso“ sagt unter anderem: „Wie sehr Deutschland durch die Niederlage im Weltkrieg auch geschwächt worden ist, so reicht seine Kraft immerhin noch so weit, um als Staat in Europa eine erstklassige Rolle zu spielen. Wenn seine Bedeutung als Weltmacht auch etwas gesunken ist, so läßt sich das Kulturniveau, welches Deutschland im letzten Jahrhundert erreicht hat, und der Platz in der Industrie, den es bisher einnahm, doch nicht so ohne weiteres übersehen, und die anderen Staaten sind gezwungen, mit Deutschland in dieser Hinsicht nach wie vor zu rechnen. Heute baut es seine Zukunft auf neuem Fundament auf, und dieses Fundament ist die Demokratie. Das aber ist der Weg, welchen in alternativer Zeit unausbleiblich alle fortgeschritteneren Staaten werden beschreiten müssen. Und wir sind davon überzeugt, daß dem demokratischen Deutschland die übrigen Staaten sehr bald folgen werden und daß Georgien, welches ja auch von ihnen tatsächlich schon anerkannt ist, seine juristische Anerkennung ganz allgemein erlangen wird. Die Anerkennung Georgiens „de jure“ von seitens Deutschlands ist aber auch für die orientalischen Angelegenheiten von größter Wichtigkeit. Denn diese Ursache kann nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der türkischen Nationalitäten und selbst die Scheich-Auslands bleiben. In ganz Europa ist Deutschland der einzige Staat, in dem Sowjet-Rußland sich nicht in offener Fehde befindet. Wir hoffen nicht besonders darauf, daß in dem Verhalten Kemal-Paschas schließlich doch der gesunde politische Sinn den Ausschlag geben und ihn von einem Einfall in Georgien abhalten werde. Aber wichtig ist unter allen Umständen, daß er nun begreifen wird, wie wenig sein Verhalten nicht bloß dem internationalen, sondern auch dem demokratischen Europa nach dem Sinn ist, und daß mit demselben nicht einmal der Staat sympathisiert, welcher, mit der Nationalität der

Türkei gegen die Entente gekämpft hat. Die Anerkennung Georgiens von Deutschland entkräftet unsere zukünftigen Gegner moralisch...“

Die „Vorwärts“ schreibt: „Im Augenblick der Entwicklung unserer Lage nach außen kommt aus Europa die Nachricht, daß Deutschland uns „de jure“ anerkannt hat. Es ist kein bloßer Zufall, daß von allen west-europäischen Ländern Deutschland als erstes unsere Unabhängigkeit juristisch anerkannt hat. Nach Einbuße seiner militärischen Kräfte hat Deutschland sich in eine demokratische Republik verwandelt und stellt heute auch in politischer Hinsicht eines der ersten Länder der Welt dar. Ruin dürften in irgendeinem anderen größeren Staate die Arbeiterklasse und die sozialistischen Parteien einen so starken Einfluß auf die innere und äußere Politik der Regierung haben wie in Deutschland.“ Es erscheint daher auch ganz natürlich, daß gerade die demokratische Republik Deutschland sich mit der größten Aufmerksamkeit zu den unbefriedigten Rechten jenes kleinen Volkes verhält, welches durch seinen drei Jahre langen Kampf und seine erfolgreiche aufbauende Arbeit seine politische Reife bewiesen hat, und natürlich ist es, daß gerade die demokratische Republik Deutschland als erste die Initiative in Sachen der endgültigen Befestigung der zwischenmenschlichen Rechtslage des georgischen Volkes ergreifen hat. Aber der Schritt der Berliner Regierung ist in gleichem Maße durch die realen Interessen Deutschlands bedingt wie durch die Sympathien der deutschen Demokratie für das georgische Volk. Nach dem militärischen Krach und der durch ihn hervorgerufenen schrecklichen wirtschaftlichen Krise in Deutschland aus nachdrückliche Rücksicht bedacht, seine produktiven Kräfte wieder zur Geltung zu bringen. Seiner früheren Märkte und wirtschaftlichen Beziehungen beraubt und an Vorkräften großen Mangel leidend, ist Deutschland an der Anschaffung neuer wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Osten besonders interessiert. Aber nach dem Scheitern seiner früheren Kolonialpolitik kann und muß Deutschland heute seine äußere Wirtschaftspolitik lediglich auf der Achtung vor den Rechten der Völker im allgemeinen und dem friedlichen Zusammenarbeiten mit ihnen aufbauen. Einer der ersten Schritte der Republik Deutschland auf diesem Wege der politischen, ökonomischen Beziehungen mit der Außenwelt ist der Akt vom 24. September. Die Bedeutung dieses Aktes für Georgien ist aber nicht durch die Spätere der deutsch-georgischen Beziehungen begrenzt. Er erscheint zugleich als eine bedeutende Errungenschaft auf dem Wege zur allgemeinen juristischen Anerkennung unserer Republik. Bekanntlich kann Deutschland heute in seiner Außenpolitik keinen bedeutenderen Schritt tun, der den Interessen und Absichten der Entente zuwiderläuft. Wenn nun Deutschland die Initiative bezüglich der endgültigen Anerkennung

Georgiens auf sich genommen hat, so beweist es, daß die Frage unserer Anerkennung auch für die anderen Staaten zu einer Angelegenheit der praktischen Politik geworden ist. Der von der Berliner Regierung am 24. September unterzeichnete Schritt stellt außerdem unsere Stellung auch hier gegenüber den uns umgebenden Mächten. Der in offener Feindschaft mit der Entente befindliche Osten schaut die guten Beziehungen zu Deutschland besonders hoch und adelt auf seine Meinung. Und das wohlwollende Verhalten Deutschlands zu uns, das in dem Akt der Anerkennung zum Ausdruck gelangt ist, wird zu einem weiteren Hindernis für diejenigen der uns bedrohenden Gewalten, welche unsere Souveränität zu verlegen beabsichtigen: es erleichtert uns die Verteidigung unserer Freiheit und Unabhängigkeit. Das georgische Volk hat die Möglichkeit von dem ersten bedeutenden Erfolg auf dem Wege zur vollständigen internationalen Anerkennung seines dreijährigen Kampfes und Ringens mit Freunden angenommen. Aber es vergißt hierbei keineswegs, daß sein heroischer Freiheitskampf u. seine aufbauende staatliche Arbeit die einzige zuverlässige Grundlage seiner völkerrrechtlichen Eigenschaften bilden, und es wird mit verdoppelter Energie diesen Kampf und die aufbauende Arbeit fortsetzen.“

Deutschland und Indien.

Ursprünglich wollte der indische Großindustrielle Allibhai Muklijee Banajee aus Bombay in Berlin, der in den verschiedensten Städten Indiens Industrieunternehmungen betreibt, in Britisch-Indien begütert ist und als Reedereibesitzer über eine ganze Flotte von Küsten- und Ozeanlinien verfügt. In einer Unterredung mit dem O. T. Schw. Mitarbeiter der „Voss. Zeit.“ setzte Banajee den Grund seines Aufenthaltes in Berlin auseinander. Der Berichterstatter schreibt hierzu:

Es wäre falsch, zu sagen, Herr Banajee sei nach Berlin gekommen, um zwischen Indien und Deutschland die Verbindungen wieder anzuknüpfen. Denn wie Herr Banajee sehr richtig sagt, ist es lange Zeit den Indern überhaupt nicht zum Bewußtsein gekommen, daß wirtschaftliche Beziehungen zwischen Indien und Deutschland vorhanden sind. Davon bekam die indische Bevölkerung erst eine Ahnung, als mit Ausbruch des Krieges unendlich alle die guten englischen Waren aufhörten, den indischen Markt zu erreichen. Damals wurde es selbst den Indern klar, daß diese guten Waren deutschen Ursprungs gewesen waren; daß England als ein Made-in-Germany einer Made-in-England-Stempel gemacht hatten, den die indische Bevölkerung aber immer für voll nahm, weil sie sich eben auf das englische Gezeig des Ursprungsstempels verließ.

Genieton.

Eindrücke von Konstantinopel.

Es giebt wohl kaum noch eine Stadt, die so international wäre und die zugleich ein so ausgeprägtes Gemisch niedrigeren Wuchers und schamloser Eitelkeit trüge, wie — Konstantinopel. Hier konzentriert sich der ganze europäisch-orientalische Handel, der natürlich in unserer anomalen Zeit alle normalen Grenzen überschreitet. Vom frühen Morgen bis spät in die Nacht sieht man ein ununterbrochenes Gehen und Gehen, eine kreisförmige Sucht nach Gewinn, ein Toben und Rasen der Automobile, Wagen, Equipagen, Kamisawa, dazwischen Fußgänger, die mit Todesbesorgnis die andere Seite der Straße zu gewinnen suchen. In Galata, am Quai, sieht man eine Wechselbude neben der andern; die nur so auf fremde und unerfahrene warten, um sie mit dem rasigsten Geschick zu hintergehen. Es ist deshalb ratsam, nicht in der ersten besten Wechselbude sein Geld zu wechseln, sondern zunächst die ganze Reise durchzugehen und erst dann sich zu entscheiden. Als besonders beliebtes Objekt der Spekulation dient die Mark, der Kommiss-Nubel, der bulgarische Lev und der rumänische Leu. Einen geregelten Kurs kennt man hier natürlich nicht; die hohe Nachfrage bestimmt die Höhe des Preises. Der Goldhandel befindet sich hauptsächlich in den Händen von Juden, Griechen und Armeniern. Handeln muß man überall, erste Preise bestehen vielleicht nur auf Brot. In dem feinsten Magazin in man

nicht weniger dem Betrage ausgekehrt, als bei einem Straßenhändler. Man muß befähigt auf seiner Hut sein, denn andernfalls wird man nur zu bald seine Brieftasche oder sein Portemonnaie vermissen.

Hier sieht man auch alle möglichen Trachten und Uniformen; die tiefverschleierte alte Türkei, die Jungtürkin mit dem feinsten Halbkleid vor dem Gesicht, diejenige Kompromiß der Mode, den sie im europäischen Viertel mit leichter Handbewegung zurückschlägt, elegante Europäerinnen im neuesten Modedanze von Baquin oder Worth, Herren in tadellosem englischen Anzuge und mit den verschiedensten Kopfbedeckungen; hin und wieder auch den roten Fes, dann das Volk in magerlichen, aber weniger sauberen Nationaltrachten, schließlich Offiziere, Soldaten, Matrosen aller Nationen, außer der deutschen.

Hier hört man alle Sprachen, sieht alle Rassen. Ein jeder spricht mindestens drei Sprachen, in eurer Linie Französisch; dagegen hört man Türkisch fast nur ebenso zufällig wie in Itzlik.

Mit der größten Gleichgültigkeit sehen diesem Trubel die Herren der heutigen Lage, die Engländer, zu. Der englische Offizier geht auf den Straßen mit einem langen, violetten Sate (sprich: sel) herum, der mit einem leber-überzogenen Mantel versehen ist. Mit dem Hahn er sich den Weg, ihn bekommen nicht genügend respektvolle Passanten zu fühlen. Solche Szenen sind durchaus nicht selten. Ich habe z. B. folgenden charakteristischen Fall beobachtet: Pera und Balata sind miteinander durch sehr enge Straßen verbunden, so daß für die sich begegnenden

Autos ein Anweichen kaum möglich ist. Da nicht von oben her ein Auto, ihm enger reitet, ein englischer Offizier, inmitten der Straße. Der Chauffeur kann mit seinem Befehl nicht ausweichen, was der Offizier nicht einsehen will. Der Chauffeur wird unruhig. Als er sich aber fast schon unmittelbar vor dem Reiter befindet und nicht anhalten kann, lenkt er das Auto mit harten Ruck auf das Trottoir. Dabei erbrüht er beinahe einen alten Mann, der nicht schnell genug das Feld räumen kann. Der Offizier reitet dicht am Auto vorbei, verweist dabei mit seiner Peitsche dem Chauffeur einen kräftigen Nies über Kopf und Rücken und setzt in Seeleuthe seinen Weg fort, unbekümmert um die nicht gerade schmeichelhaften Worte, die ihm nachfolgen. Aber erst dann lernt man den Engländer in Konstantinopel richtig kennen, wenn man mit der britischen Pajstle zu ihm hat. Hier muß man die Rücken Nerven heizen, man muß höflich sein und lächeln, auch wenn sich die Fäuste tonusvoll ballen, man darf keinen Unwillen zeigen, auch wenn man schroff zurückgewiesen wird. „Herr Offizier, mein Schiff geht heute Abend, ich kann nicht auf das Bium bis morgen warten, ich habe schon meine Fahrkarte gelöst, zudem bin ich in Konstantinopel ganz fremd“, — so klagt jemand. „Morgen früh um 10 Uhr“ — lautet die stereotypische Antwort. „Ich bitte Sie...“ „Morgen!“ Der Dampfjet geht ab, und man kann bis zum nächsten Warten, jetzt man aber seinen Unwillen, läßt man nur ein letztes Wort fallen, so kann man wochenlang laufen. Bis das englische Herr sich erwecken läßt.

Diesen Zustand möchte man in Indien nicht wieder auskommen lassen. Man sieht nicht ein, weshalb Indien seine Waren aus Deutschland über England beziehen soll, zumal gerade jetzt die indische Bevölkerung weniger. Daß denn je verhärt, den englischen Geldsack zu füllen.

Die Pläne, die Herr Jewanee entwickelte, sind sehr großzügig. Der Gedankengang ist, die ganze deutsche Produktion, soweit sie für Indien in Betracht kommt, möglichst auf einem Platze in Indien zu zentralisieren und von dort über ganz Indien zu verbreiten. Möglichst ohne Vermittlung von England. In Betracht kämen als Zentren Berlin und Bombay. Herr Jewanee unterschätzt nicht die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen werden; weder die Schwierigkeiten von englischer Seite, noch diejenigen technischer Natur.

Die größte Schwierigkeit sei die des Schiffsraumes. Herr Jewanee besitzt genügend Schiffe, um den ganzen Dienst im indischen Ozean allein zu bewältigen. Am liebsten möchte er diesen direkten indisch-deutschen Schiffsdienst mit Hilfe einer bekannten deutschen Linie in Gang setzen.

Er drückte sich darüber so aus: „Wir haben die Schiffe, und die Deutschen haben die Erfahrung und die Befähigung, — vor allen Dingen die Kapitäne.“ Denn daß die Schiffe der Linie nur mit deutscher Besatzung segeln sollen, ist für den Indier ausgemachte Sache. Woher er, sich nicht versteht, daß England die Besatzung verbieten kann, da die Schiffe ja unter englischer Flagge segeln werden. Aber Herr Jewanee glaubt, daß man ihn in dieser Beziehung nicht allzuviel Schwierigkeiten machen wird, da er mit der englischen Regierung gute Beziehungen unterhält. Uebrigens hat er mich gebeten, Politik in keiner Weise zu betätigen, da er lediglich kaufmännisch tätig ist. Erwähnt sie nur, daß sein Schiffsverwalter (Oberaufseher) in Bombay ein deutscher Kapitän ist, der schon vor dem Krieg in seinen Diensten stand, der bis Januar 1920 von den Engländern interniert war und er aus dem Internierungslager direkt wieder in den Dienst zurückgekommen hat. Sollte aber wider Erwarten England doch in der Besatzungsfrage Schwierigkeiten machen, so ist Herr Jewanee entschlossen, Seelente „neutraler“ Nationen für seine Schiffe zu beschaffen.

Die zweitgrößte Schwierigkeit ist die Bankenfrage. Die größte dieser Schwierigkeiten liegt auf der Hand. Die Deutschen werden ebenso ungenüt Waren von enormen Werten gegen Nachnahme oder gar zur späteren Abrechnung nach Indien senden wollen, wie die Indier große Summen nach Deutschland abgeben lassen möchten, ehe sie die Waren in den Händen haben. Denn im Streitfalle könnten die Deutschen die Indier, die britische Un-

Der Groll gegen die Engländer ist groß. Das merkt man besonders in dem verhältnismäßig stillen Stambul, das die Heiligstümer der osmanischen Welt birgt. Hier wird der Engländer geduldet, weil er geduldet werden muß, aber Herr ist er nicht. In Stambul ruht man förmlich aus, besonders in der Gegend um die „Hagia Sophia“. Die „Hagia Sophia“ ist von einem kleinen Garten umgeben, in dem den ganzen Tag über die Kläubigen bei einer Tasse Kaffee oder über einer Zeitung sitzen. Hier herrscht erhabene, fast religiöse Ruhe. An der Spitze stehen zwei türkische Soldaten. In Stambul ist man in einer ganz anderen Welt, nichts von dem krautartig vulkanisierenden Leben in Pera und Galata ist zu sehen. Der Fürt ist hier nur Orientale: nachlässig, ruhig, energielos, sich dem „Reiz“ ergebend. Er will auch nicht gestört werden, besonders nicht von den Griechen, Juden, Amerikanern sowie den Engländern und Franzosen. Hier spricht er offen seine deutschfeindliche Stimmung aus.

Peinlich fällt das Verhalten der Russen in Konstantinopel auf. Der geringe Reichtum wird in höchst aufwollender Weise zur Schau getragen, die Damen hantieren mit ihren Brillanten und Toiletten, die Offiziere — mit ihren Orden und ihrer russisch-englischen Uniform, wobei sie dem gegenüber, was sich in Russland abspielt, den vollstündigsten Indifferentismus bekunden.

Einen Genuss bekommt man in Konstantinopel nur dann, wenn man in der Vergangenheit, in der Geschichte, nicht aber in der Gegenwart lebt, denn diese ist abstoßend, schwer und hoffnungslos.

teranen sind, nicht verklagen, während umgekehrt die Indier von England bei etwaigen Streitigkeiten mit Deutschland wenig Unterstützung zu erwarten haben würden. Dem, meint Herr Jewanee, wäre nur mit Hilfe von Banken beizukommen; und zwar mit Hilfe einer deutschen Bank in Bombay und einer indischen in Berlin. Auch hier kann es natürlich Schwierigkeiten mit England geben, die aber im Notfall mit Hilfe amerikanischer Bankfirmen zu beheben wären, wobei der Indier immer von der Voraussetzung ausgeht, daß die Engländer, sobald sie sehen, daß Schwierigkeiten, die sie machen wollen, überwunden werden können, klugerweise gute Miene zum bösen Spiel machen werden.

Natürlich sind das nur ganz, kurze Umrisse dessen, was geschehen soll. Daß der Versuch, wie hier gekennzeichnet, gemacht werden wird, beweist die Tatsache, daß die Büros in Berlin bereits eröffnet sind. Augenblicklich nur provisorisch, bis die geeigneten Räume gefunden sein werden. Aber die Tätigkeit hat bereits begonnen; die Besprechungen finden täglich statt.

Ein paar Worte über Jewanee selbst werden nach all dem Bezügen zweifellos interessieren. Der Mann ist Seltsame (in Seltsam: das Wort bedeutet: selbst gemacht, durch sich selbst zum Ziel gelangt, — Die Schrift) im höchsten Sinne des Wortes. Er betont stolz, daß er nie eine Säule besucht hat. Dennoch ist er inlande, die Zeitungen zu lesen. Weiter geht seine Bildung als solche nicht. Und doch ist er schon vor zanzig Jahren von der deutschen Regierung nach Berlin berufen worden, weil man seine Ratsschläge hören wollte. Im Jahre 1888 war Jewanee zum erstenmal in der deutschen Reichshauptstadt, um die deutschen Behörden über den Bau der ersten Eisenbahn in Ostafrika zu beraten.

Der litauisch-russische Friedensvertrag.

(Von Professor Bergsträßer.)

Während die Sowjettruppen gegen Polen vorrückten, schloß nach langen Verhandlungen in Warschau die litauische Friedensdelegation einen Vertrag ab, der bald darauf auch von der litauischen Volksvertretung angenommen wurde.

Sehr wichtig sind zunächst die Grenzfestsetzungen. Die russisch-litauische Grenze beginnt am Bohr südlich Angulono, westlich Grodno, zieht dann in einem flachen Bogen südlich um Grodno herum bis zur Einmündung des Switloj in den Njemen. Diesem Fluss folgt sie bis zur Einmündung der Berestra, geht diese ein Stück aufwärts und dann in nordöstlicher Richtung zu dem bekannten Bahntapenpunkt Molobetschno. Er wird so gestellt, daß die Strecke Wilna—Molobetschno—Lida auf litauischen, die Strecke Wilejka—Molobetschno—Rinsk auf russischen Gebiete bleibe. Der Ort wird sich zum wichtigsten Grenzübergang zwischen beiden Staaten und damit zwischen West- und Osteuropaauswaschen. Now hier geht die Grenze ziemlich direkt nördlich über den Narotischer und den Kedrowosje zur Grenze der ehemaligen Gouvernements Wilna und Rowno und zur Düna weiter.

Russland hat, wenn es sich mehr nach dem Osten zurückzieht, ein großes Interesse daran, sich den Weg nach dem Westen offen zu halten, und dazu ist der Bestand eines solchen, nicht gerade kleinen Litauen ein sehr notwendiges, das ein Interesse am Transit und an guten politischen Beziehungen zu seinen beiden Nachbarn um so mehr hat, als es mit Polen häufig in Gegensatz stehen wird.

Durch die östliche Grenzführung sind die Veruche Polens, den litauischen Staat ganz von der Verbindung mit Russland abzuscheiden, wirksam durchkreuzt. Inwiefern erscheint auch Wilna für Litauen gesichert, da Russland nicht würde dulden können, daß Polen sich eines Gliedes der Bahnlinie Molobetschno—Wilna—Rowno bemächtigte.

Die russischen Unterhändler haben die wirtschaftlichen Interessen, die sie an direkten und ungehinderten Verkehr mit dem Westen haben, sehr wohl wahrgenommen. Artikel 18. des Vertrages sieht den Abschluß eines Handelsvertrages auf der Grundlage der Meistbegünstigung vor und zugleich eines Transitvertrages, nach dem Transitgüter weder mit Zöllen noch mit Steuern belegt werden dürfen; auch die indirekte Besteuerung durch erhöhte Frachttarife ist ausdrücklich verboten. Diese Abmachungen sind für keinen dritten Staat wichtiger als für Deutsch-

land, das durch sie einen ungehörten Handelsweg nach Russland erhält, der von den Litauern und der Billfür polnischer Behörden unabhängig ist. Denn Litauen hat kein Interesse an einer Skizzenpolitik, es will vielmehr seine Selbstständigkeit als nach allen Seiten hin sich abgrenzbar wahren, das wird erneut bekräftigt durch den Artikel 5 des Vertrages, in dem Russland sich verpflichtet, für den Fall einer internationalen Anerkennung der ständigen Neutralität Litauens diese Neutralität zu achten und sich an den Garantien zu ihrer Sicherstellung zu beteiligen.

Die restlichen Teile des Vertrages betreffen sich ausschließlich mit der Lösung Litauens aus dem russischen Staatsverbande und den damit zusammenhängenden staats- wie privatrechtlichen Folgen. Von allgemeiner politischer Bedeutung ist die Bestimmung des Vertrages, daß Litauen von allen Verbindungen, die sich in finanzieller Hinsicht aus seiner früheren Zugehörigkeit zum russischen Reich ergeben konnten bezüglich Anleihen und sonstigen finanziellen Garantien, ausdrücklich zu ungunsten der russischen Regierung entbunden wird. Das ist eine Maßnahme, die zu ihrer vollen Wirkung natürlich nur der Anerkennung durch die Gläubiger Russlands bedarf, inwieweit diese etwa die Macht haben und ausüben sollten, mit der sie Litauen zwingen können, einen Teil der Schulden tatsächlich doch zu übernehmen. Frankreich verlangt solches von seinem polnischen Freunde, warum nicht auch von Litauen, zu dem die Beziehungen sehr wesentlich kühler sind. Ueber die Vertreibung Litauens von seinen früheren Verbindungen gegen den ehemaligen Staat hinaus gewährt ihm die Sowjetregierung in Anbetracht dessen, daß Litauen unter dem Kriege direkt gelitten hat, ein Ausnahmestrecht auf 100 000 Tschjetinen bald auf russischem Gebiete. Der Goldschlag wird auf 20 Jahre verteilt, die Räte sollen möglichst nahe den Eisenbahnen oder sonstigen Wasserstraßen gelegen sein. Durch diese Konzession erhält Litauen die Möglichkeit, seine eigenen Wälbekände in der nächsten Zeit zu schonen und die schweren Kriegsschäden auszugleichen. Weiterhin zahlt die russische Regierung an die Litauische binnen 1 1/2 Monaten nach der Ratifizierung der Verträge 3 Millionen Rubel in Gold aus.

Voraussetzung für ein gutes Verhältnis Russlands zu Litauen ist allerdings, daß es den russischen Verkehr nicht von der Weiterbindung abschiebt; so lange es darin richtig vorgeht, wird es für Russland geradezu einen wichtigen und errentlichen Faktor bilden, nachdem einmal ein selbständiges Polen entstanden ist. Die polnische Perspektive, man kann auch sagen der polnische Gegenjah, der überhaupt die russische Westpolitik beherrscht, hat sich in diesem Vertrage deutlich ausgedrückt.

Volschewismus und Kommunismus.

(Von Bardewyl.)

Das Wort „Volschewismus“ hat zugehört, ein leistungsfähiger Begriff zu sein. Wenn man heute vom Bolschewismus in Russland spricht, von seiner Lebensfähigkeit und Zukunft, muß man, genauer ausdrücken. Denn in einen Begriff lassen sich die in Russland geborenen politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen nicht mehr zusammenhängen.

Nele Formen hat in Russland von allen, was man unter Bolschewismus versteht, nur die Diktatur angenommen. Die Diktatur, die sich den Schein gibt, vom Proletariat ausgeht zu werden, die aber doch nur die Diktatur einer kleinen Klasse Ausgewählter ist, — ja nur einzelner Persönlichkeiten. Diese Diktatur ist nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche; ihre ersterer Zwang wird in jeder Hinsicht, in jeder Wirtschaft gebahrt.

Anderes liegt es mit dem Kommunismus: das Wirtschaftslieben Russlands zeigt heute, wozu die radikale Sozialisierung, die Kommunisierung führt. Die russische Industrie ist getrümmert und vernichtet, die Transportwege und -mittel sind verbraucht und verfallen, der Handel erhorben, nur in Schiebergeschäften und im Schleichhandel besteht er noch illegalerweise. Das gesamte Wirtschaftslieben hat den Todesstoß erhalten, ohne daß es gelungen ist, etwas Neues, Lebensfähiges zu schaffen. Diese Tatsachen, die die Volschewisten allerdings dem Kriege und

nicht dem System zuschreiben, sind heute zu bekant, als daß sie mit den reichlich vorliegenden, unanfechtbaren statistischen Daten zu erörtern wären.

Rußland ist aber nie ein Industriestaat gewesen, sondern ein absoluter Agrarstaat. Die Landwirtschaft und der russische Bauer sind Rußland, nicht die Fabrik und der städtische Proletariat. Die wirtschaftliche und politische Zukunft Rußlands hängt dabei ganz ausschließlich vom russischen Acker ab. Die „graue Masse“ des russischen Bauern ist träge und schwer in Bewegung zu setzen; wenn sie aber einmal in einseitiger Richtung in Fluß geraten ist, so kann kein Damm, keine Schwärze die Bewegung mehr aufhalten. Die russische Bauernschaft ist der allerwichtigste Faktor der Zukunft Rußlands; entscheidend beeinflussen wird, der auch die wirtschaftliche und politische Form bestimmen muß, in die Rußland sich hinein wird.

Der russische Bauer, der Serebriak und Kulak, der Mittelbauer und bäuerliche Kapitalist, sind trotz den ansehnlichsten Bemühungen der Sowjetregierung noch heute das bestimmende Element auf dem Lande; der proletarische Landarbeiter, die „Dorjant“, die von Moskau mit allen Mitteln gefördert u. privilegiert worden ist, hat in Dorfe keinen nachhaltigen Einfluß gewinnen können. Wie stehen diese Bauernmassen nun zur Diktatur, zum Kollektivismus, zum Kommunismus?

Die Diktatur erhebt den Bauern als die natürliche, gegebene Regierungsform an die er seit Jahrhunderten gewöhnt ist, der er sich unterwirft; sie wird verführt in der Verfallsperiode Lenins, der einen mythischen Abglanz in der Person des Bauern erhalten hat. Es ist unabweisbar, daß Lenin, der in starker Abgespanntheit im Kreml wohnte, sich doch mit seinen Theorien besichtigigt und seine Dekrete verfaßt, im russischen Volke zu einer fast sagenhaften Erscheinung geworden ist. Lenin ist dem Bauern der Nachfolger des Jaren.

Auch das Sowjetregime als solches wäre dem russischen Volkscharakter angepaßt, soweit es kollektive Natur ist; in ihm sieht der Bauer nichts Fremdartiges. Nur stellen die heutigen Sowjets, in denen die Mitglieder der kommunistischen Partei unter allen Umständen die herrschende Rolle spielen müssen und diese mit terroristischen Mitteln im Dorfe ausüben, eine Karikatur einer selbstgewählten Arbeiterorganisation dar.

Wesentlich anders stellt sich der Bauer zum Proletariat des Kommunismus. Die historische Wirtschaftsform des russischen Bauern ist eine an den Kommunismus grenzende gewesen. Der Mir, die Dorfgemeinschaft, besaß alles Land, das in verüblichen Zeiträumen von 1 bis 12 Jahren unter die Dorfgemeinschaft ausgelöst wurde. Durch dieses System, das jedem Ackerbauer das zu bebauende Land nur für eine kurze Spanne Zeit ließ, das jede intensive Bebauung durch den Flurzwang verbot, und das von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die Anteile mit dem Anwachsen der Bevölkerung verkleinerte, ohne die Inzucht der Bebauung zu erzwingen, ist die Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft bedingt. Das Stolypinische Agrargesetz war der erste entscheidende Schritt, um dem Bauern einen selbstorganisierten Besitz zu schaffen. Es durchbrach das Prinzip der kommunistischen Wirtschaftsform, konnte jedoch in den wenigen Jahren seines Bestehens nur einen Bruchteil der Bauernschaft zu freien Landbesitzern machen.

Die Revolution trat den Bauern daher noch fast vollständig im Wirrwirr vor; die Aufteilung des Großgrundbesitzes verhalfte auch den Landarmen und den landlosen Bauern Land, allerdings Land, das in den meisten Fällen nicht bebaut werden konnte, da es an Inventar und allem Notwendigen fehlte. Aber die große Mehrheit der Bauern besaß nun zum ersten Male ein Stück Land, ohne daß der Mir, eingestrichelt, die Acker neu verlor, die Anteile verkleinerte. Freilich war das Land nach den bolschewistischen Dekreten nationalisiert, der Bauer nur Ausleiher. Die bolschewistischen Prinzipien verjagten auf dem Lande, die Dekrete blieben auf dem Papier. Der Bauer küßte sich nicht nur als Behauer staatlichen Landes, sondern als wirklichen Eigentümer. Das Eigentum am Grund und Boden ist für ihn jetzt die Voraussetzung jedes wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden. Sowohl Kollektivist wie bekante Theoretiker in

ihren Plänen, weil sie das Eigentumsrecht der Bauern an dem enteigneten Lande nicht verbehalten anerkannten. Wrangel hat diesen Fehler vermieden; hat er doch als erstes das 22 000 Dörfler große Gut seiner Schwiegermutter im Kreise Melitopol unter die Bauern aufgeteilt; ihm jabeln daher die Bauern zu und liefern ihm sogar freiwillig alle Waffen und Patronen aus, die sonst als kostbares Gut verfaßt und gehalten werden. Ein Ruf stand, in dem der Bauer nicht als freier Eigentümer des von ihm bebauten Landes angesehen wird — mag es früher Eigentum der Dorfgemeinschaft oder des Großgrundbesitzes gewesen sein —, ist heute undenkbar. Das große positive Resultat der bolschewistischen Diktatur in Rußland ist die Schaffung eines selbständigen Bauernstandes, in dem der Eigenbegriff an Lande erst durch den Bolschewismus erweckt und lebendig gemacht worden ist. Der Bolschewismus hat in Rußland den kleinrentenbauern Bauern geschaffen; auf dieses ungeheure Resultat — wohl das einzig positive — kann der Bolschewismus stolz sein.

Der Bauer ist ein Freund des Bolschewismus gewesen, solange er ihm Land gab; er wurde sein Feind, sobald die kommunistische Wirtschaftspolitik auf das Land übertragbar wurde. Die landwirtschaftliche Produktion Rußlands hat durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes einen schweren Rückschlag erhalten; nur Teile des Großgrundbesitzes konnten bearbeitet werden, das Meiste blieb brach liegen. Noch verhängnisvoller der Rückgang der Produktion durch das System der Zwangsrequisition, durch die Entwertung des Geldes. Der Bauer verlor unter der kommunistischen Wirtschaftspolitik das Interesse, mehr zu produzieren, als sein perzentualer Bedarf erforderte; an Sowjetrußland besaß er bald Millionen, die für ihn wertlos waren, da er feierliche Güter, die er für die Wirtschaft notwendig brauchte, dafür eintauschen oder kaufen konnte, solange er noch im Austausch für seine Produkte Mähere, seidene Kleider und Grammoophone vom verborgenen Händler erhalten konnte, bot der Schleichhandel noch einen Anreiz zur vermehrten Produktion. Jetzt hat sich die vollständige Abwanderung dieser Güter aus der Stadt ins Dorf vollzogen — jetzt ist das einzige Merkmal, daß der Bauer erhalten kann, der Sowjetrußland; jeder Anreiz für eine Mehrproduktion ist ihm genommen. — Die Produktion beschränkt sich auf das Allernotwendigste. Der Bauer kann kein Freund eines Systems sein, durch das er weder Eisen noch Nägel, Maschinen oder Kleidungsstücke erhalten kann. Er wird der Feind des Kommunismus.

Die Zukunft Rußlands wird unumgänglich bestimmt werden von den Interessen dieser hundert Millionen bäuerlicher Kleinrentenbauern. Jede künftige Regierung in Rußland muß sich dieser dominierenden Schicht anpassen. Die Sowjetregierung hat bis jetzt an ihren Theorien etwas festgehalten, in Prinzip hat sie dem Bauern stets nachgegeben. Darin kann dieser Zustand nicht sein; früher oder später muß der Moment kommen, wo die Prinzipien der Regierung sich in vollkommener Gleichklang mit den Forderungen der „graue Masse“ setzen müssen, wo die Moskauer Theorien sich den Bedürfnissen und dem Willen des Bauern unterordnen werden. Und dieser Moment bedeutet das Ausleben einer Staats- und Wirtschaftsform für kleinrentenbauern Landbesitzer, die der Bolschewismus geschaffen hat; er bedeutet das Ende der Herrschaft der sich auf das Industrieproletariat stützenden Diktatoren, er bedeutet die letzte Stunde des Kommunismus in Rußland.

Aus dem deutschen Leben.

T i l l i s .

Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben bei dem Feste, veranstaltet den 24. Oktober im Lokale des Arbeiterklubs, zum Besten des evang.-luth. Siechenhauses.

E i n n a h m e n :

Eingang	8299 Hfl.
Solterei-Abgr.	40588

Gladstone	3600
Amerik. Aktion	17010
Büffet	7215
Spenden	3000

144597 Hfl.

A u s g a b e n :

Total	15000 Hfl.
Musik	4500
Anzeigen	125
Mitglieder	290
Wein-Büffet	34462
Bediienung	2090

Reineinnahme: 88220 Hfl.

Der Vorstand dankt hiermit allen gütigen Spendern, sowie allen ehrenwürdigen Teilnehmern an Feste seinen warmsten Dank aus, denn bei dem so neuen Festen war die gewöhnliche und erfolgreiche Verlaß des Festes nur deren opferfreudigen Tätigkeit zuzuschreiben.

In Sachen des Deutschen Turn- und Sportvereins in Tilsitz wird uns mitgeteilt, daß infolge ungenügender Witterungsverhältnisse die Durchführung des Spielplans sich verzögert hat. Die in Angriff genommenen Arbeiten können erst fortgesetzt und beendet werden, sobald der Erdboden hinreichend trocken geworden ist, damit die Planierung gegen weitere Anfälle der Witterung sich genügend widerstandsfähig erweise. Weiter beabsichtigt der Verein, für die erste Zeit mit einer der in Tilsitz bereits bestehenden Lokortorganisationen eine Vereinbarung zu treffen, durch welche zu rennübigen Umständen ein schon hinreichend mit Beschäftigten versehenes Turnlokal mieterweise benutzt werden könnte, jedoch haben die Verhandlungen da über zu keinem endgültigen Ergebnis noch nicht geführt.

Berichtigung.

Die in der vorigen Nummer unserer Blatt 1-3 enthaltene Mitteilung über den Besuch Karl Katsky's im Deutschen Realgymnasium Tilsitz ist an einer Stelle mißverständlich worden, und zwar wo es heißt: „Genauere Angaben über die wirtschaftliche Lage des Gymnasiums zu machen, mag der zeitw. Direktor desselben wegen Unverfügbarkeit augenblicklich nicht zustande, doch soll das unfernwillig Veriautet, daß näher Gegenheit in schriftlicher Form nachgeholt werden.“ — Es wollte unser Berichtshalter, damit natürlich keineswegs gesagt haben, daß der zeitw. Direktor des Gymnasiums nicht imstande gewesen wäre, überhaupt — und sofort — Angaben über die wirtschaftlichen Lage der seiner Dorfschule anvertrauten Person zu machen, sondern nur, daß der Direktor im Augenblick nicht imstande war, die Angaben mit allen Einzelheiten, und daher in üblicher, d. h. schriftlicher Weise vorzulegen, weil er hierzu unvorbehalten war. — Außerdem hätte es, wie uns maßgeblich mitgeteilt wird, sowieso an Zeit gemangelt, und wäre es nicht zu lässig gewesen, selbst nur durch eine mündliche, oberflächliche Darstellung des Sachverhalts die Aufmerksamkeit der Güte noch weiter in Anspruch zu nehmen. Schließlich habe auch der in Angelegenheit des zu nennenden Landesblättern Quartiers erscheinende Regierungsbeamte zur Hilfe gedrängt, ihm aber mußte der zeitw. Direktor die geforderten Auskünfte unverzüglich geben. — Nach obiger Berichtigung dürfte es nun jedem klar sein, daß es unserem Berichtshalter absolut ferngelegen hat, Herrn Dist.-Rat Dr. J a e r i l, als zeitw. Direktor des Deutschen Realgymnasiums in Tilsitz, Nachfragen dessen vorzulegen zu wollen, was ihm von Amts wegen geläufig sein mußte und es auch war.

Die Redaktion der „R a u f. P o s t“.

Herausgeber der „R. A.“ des Verbandes der transl. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion: das Redaktions-